



Ausschussdrucksache 21(4)102 A
vom 25. November 2025

Schriftliche Stellungnahme

von Prof. Dr. Clemens Gause, Verband für Sicherheitstechnik e. V.,
Hamburg vom 24.11.2025

Öffentliche Anhörung

zu dem

Gesetzentwurf der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung
der Resilienz kritischer Anlagen**

BT-Drucksache 21/2510

Deutschland braucht eine starke Sicherheitswirtschaft:

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützen – Resilienz stärken – KRITIS-Dachgesetz umsetzen

Politik muss jetzt entschlossen handeln

Aufgaben des Verbands für Sicherheitstechnik e. V.

Der VfS betreut als übergeordneter Verband sicherheitstechnische Anliegen und logistische Probleme in Bereichen mit erhöhten Sicherheitsanforderungen. Dazu gehören Energieversorgungs-, Industrie- oder Logistikunternehmen genauso wie Flughäfen, Rechenzentren, öffentliche Einrichtungen, Banken, Justizvollzugsanstalten, Forensiken, Krankenhäuser, Einkaufszentren, etc.. Dabei steht das Zusammenwirken zwischen Technik, Organisation und Infrastruktur im Mittelpunkt unserer Aktivitäten.

Sicherheit und Resilienz als oberste Priorität

Mit der Umsetzung des geplanten KRITIS-Dachgesetzes stehen Unternehmen in Deutschland vor großen Herausforderungen. Der Verband für Sicherheitstechnik e. V. betont, dass die Industrie und der Mittelstand als Rückgrat der deutschen Wirtschaft in diesem Prozess besonders unterstützt werden müssen, um den notwendigen Sicherheitsanforderungen gerecht zu werden.

Wer Sicherheit will, muss jetzt investieren, Sicherheit braucht Ressourcen

Die Umsetzung des KRITIS-Dachgesetzes verlangt von Unternehmen erhöhte Widerstandsfähigkeit gegenüber physischen, technischen und organisatorischen Risiken.

Für große Konzerne ist das ein Kraftakt – für viele KMU ohne Unterstützung schlicht nicht umsetzbar, wenn es an finanziellen Mitteln mangelt.

Aber kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und sind zunehmend ein Schlüssel zur Inneren Sicherheit, auch im Operationsplan Deutschland der Bundeswehr.

Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen sowie hybrider Bedrohungen, darüber hinauswachsendem Wettbewerbsdruck und steigenden Anforderungen aus der EU, geraten viele KMU immer mehr unter finanziellen Druck.

Gleichzeitig zeigt sich: Resiliente Unternehmen tragen maßgeblich zur Stabilität und Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft bei.

Es braucht jetzt gezielte Förderungen, Entlastungen und Investitionsanreize, um notwendige Sicherheitsmaßnahmen systematisch nach dem „All-Gefahren-Ansatz“ ausbauen zu können. Nur so können KMU die Anforderungen des KRITIS-Dachgesetzes erfüllen – und gleichzeitig als stabile Akteure in den Wertschöpfungsketten fungieren.

Appell an Politik

Resilienz ist kein Luxus, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Bundesregierung muss jetzt gezielt in die Resilienz der Wirtschaft investieren. Es braucht sofortige Haushaltsmittel, Förderprogramme und steuerliche Entlastungen. Diese Investitionen sind kein Kostenfaktor, sondern eine sicherheitspolitische Notwendigkeit.

Die Umsetzung des KRITIS-Dachgesetzes darf keine Frage der Unternehmensgröße sein.

Es ist die Aufgabe der Politik, die wirtschaftliche Realität kleiner und mittlerer Betriebe anzuerkennen und diese gezielt zu entlasten. Förderprogramme, steuerliche Anreize und branchenspezifische Unterstützungsmaßnahmen müssen jetzt geschaffen und ausgebaut werden.

Fazit:

Die Resilienz der Wirtschaft beginnt bei den KMU, die durch die wachsenden Anforderungen nicht allein gelassen werden dürfen. Sie brauchen finanzielle Rückendeckung, um ihre Systeme zu härten, Mitarbeitende zu qualifizieren und Sicherheitskonzepte umzusetzen. Nur so bleiben sie leistungsfähig, gesetzeskonform – und ein verlässlicher Teil unserer kritischen Infrastruktur.

Nur eine starke und widerstandsfähige Wirtschaft kann langfristig zum Rückfluss des Sondervermögens beitragen. Wachstum entsteht durch Stabilität – und Stabilität beginnt bei der Inneren Sicherheit.

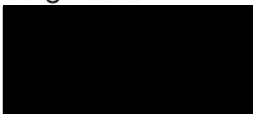
Wer heute in die Sicherheit kleiner und mittlerer Unternehmen investiert, schützt morgen das Land – wirtschaftlich, gesellschaftlich und sicherheitspolitisch. Die Zeit zu handeln ist jetzt.

Der Verband fordert daher die Bundesregierung und die Abgeordneten des Bundestags auf, klare Maßnahmen zur Unterstützung der Industrie und des Mittelstands zu ergreifen. Neben zinsgünstigen KfW-Krediten sollten gezielte Steuerentlastungen sowie direkte Förderprogramme geschaffen werden.

Durch das Sondervermögen Infrastruktur und die Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben sind die Möglichkeiten grundgesetzlich geschaffen worden.

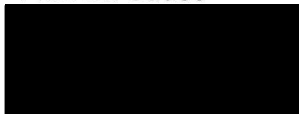
Der Verband für Sicherheitstechnik e. V. ist bereit, mit Politik und Wirtschaft an nachhaltigen Lösungen zu arbeiten, um Deutschland sicherer und zukunftsfähiger zu machen.

Jörg Marks



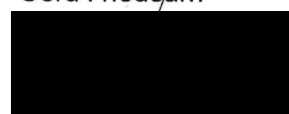
1. Vorsitzender
des Vorstandes des VfS

Prof. Dr. Gause



Geschäftsführer VfS

Gerd Friedsam



THW-Präsident a.D.,
Mitglied des Vorstandes und
Vorsitzender des VfS-Beirats